

«Wir haben viele Jahre gekämpft und verhandelt.»



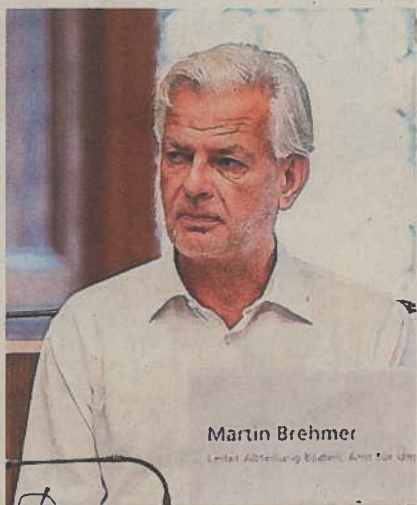
Roland Fürst
Baudirektor

«Eine Steuererhöhung gibt es – nur wegen dieser Sanierung – nicht.»



Kurt Fluri
Stadtpräsident Solothurn

«Wir wiesen nach, dass die Bundesvariante nicht günstiger ist.»



Martin Brehmer
Abteilungsleiter Boden im AfU

«20 Prozent des Deponiegutes können rezykliert werden.»



Markus Spring
Projektleiter Stadtmist-Sanierung

Corona-Tests von Ankli und Heim fiel negativ aus

Regierungsrat Die beiden Regierungsräte Roland Heim (CVP) und Ankli (FDP) sind nicht am Corona-erkrankt. Am Montag teilte der Kanton mit, dass sich die beiden im Homeoffice befinden: Am 8. September hatten sie im Rahmen einer Aussprache mit den Regierungsrätinnen und Vertretern aus 100 Gemeinden mit einer später positiv getesteten Person Kontakt gehabt; sie sass am selben Tisch mit dem Contact-Tracing-Team des Kantons, aber erst später informiert wurde, dass die infizierte Person, eine Person der Balsthaler Gemeindeverwaltung, nicht im Kanton Solothurn wohnt. So begaben sich Heim und Ankli diesen Montag in Quarantäne. Gestern Mittwoch kamen die negativen Testergebnisse. Trotzdem blieben die beiden wie vom Bundesamt für Gesundheit vorgeschrieben in Quarantäne, teils im Kanton mit. Diese dauert bis morgen Freitag. «Remo Ankli und Roland Heim führen ihre Geschäfte dem Homeoffice weiter», heisst es ursprünglich für diese Woche angeordnete Medienkonferenz zum Kanton get 2021 mit Finanzdirektor Heim am Dienstag stattfinden.

Die infizierte Person, die an der Thaler Gemeindeaussprache anwesend war, befindet sich nach wie vor in Quarantäne. Neben den beiden Regierungsräten wurden noch zwei weitere Personen am 18. September in Quarantäne geschickt. Angaben zu allfälligen Testergebnissen von diesen Personen durch den Kanton mit Verweis auf den Datenschutz nicht. Zudem teilt er mit: «Mehrere Personen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht betroffen.» (szf)

Jetzt wird alles ausgemistet!

Der Bund gibt grünes Licht – und 48 Millionen Franken – für die Totalsanierung des Solothurner Stadtmistes.

Urs Mathys

Auf diesen Bescheid haben Kanton und Stadt Solothurn lange gewartet – nun ist er da: Der «Stadtmist» kann umfassend saniert und fachgerecht entsorgt werden. Diese Frohbotschaft aus dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) konnten am Mittwoch Baudirektor Roland Fürst und Stadtpräsident Kurt Fluri vor den Medien bekannt geben. «Wir haben viele Jahre gekämpft und mit dem Bundesamt für Umwelt verhandelt», so der Baudirektor rückblickend. «Die Bafu-Lösung war gar keine, sondern hätte das Problem nur auf Jahrzehnte hinausgeschoben und künftigen Generationen überlassen», doppelte der Stadtpräsident nach.

Nun aber übernimmt das Bafu 40 Prozent – oder 48 Millionen Franken – der veranschlagten Kosten von rund 120 Millionen Franken für die Gesamtsanierung. Der Kantonsanteil beträgt 35 Prozent und in den Rest teilen sich die beiden Grundeigentümer Stadt Solothurn zu 85 Prozent (oder 27 Millionen Franken) und der Kanton mit 15 Prozent. Dass der Kanton einen grossen Teil der Kosten übernimmt, liegt laut Baudirektor Fürst an der Zuständigkeit des Kantons für die Umsetzung der Umweltschutzgesetzgebung. Der Kantonsanteil werde denn auch aus zweckgebundenen Mitteln aus den Erträgen der Gewässernutzung und Abfallabgaben finanziert. Die Sanierungsarbeiten sollen voraussichtlich ab 2022 in Angriff genommen werden.

Bund rechnete mit Kosten von 300 Millionen Franken

Die drei Areale – Unterhof, Spitalfeld und Oberer Einschlag – im Südwesten der Stadt haben zusammen eine Fläche von 16 Hektaren – oder 20 Fussballfeldern, wie Fussball-Fan Fürst verdeutlichte. Hier waren ab den 1930er-Jahren bis 1976 – als die Kebag Zuchwil in Betrieb genommen wurde – auf offenem, ebenem Gelände vor allem städtische Siedlungsabfälle abgelagert worden. Mit den Jahren kamen zunehmend auch Gewerbe- und Industrieabfälle, Überreste von Schlachtungen bis hin zu Spitalabfällen hinzu. Die Deponien wurden in drei Etappen angelegt. Die jüngste und westlichste – der Obere Einschlag – erwies sich bei Sondiergrabungen als die am meisten chemisch



Die drei Stadtmist-Teildeponien: Eingezeichnet im Vordergrund (an der Westtangente) «Unterhof», in der Mitte «Spitalfeld» und dahinter «Oberer Einschlag». Bild: zvg

Stadtmist: So geht es weiter

Fahrplan Die nächsten Schritte sind ein kantonalen Nutzungsplan mit Umweltverträglichkeitsprüfung. Dieser regelt die sich über sechs bis acht Jahre hinziehenden Aushubarbeiten im Detail. «Gemäss heutigem Zeitplan können die Sanierungsarbeiten 2022 in Angriff genommen und 2028 abgeschlossen werden», erklärte Markus Spring, Projektleiter der Stadtmist-Sanierung vor den Medien.

Die Bauherrngemeinschaft (Kanton/Stadt) erwartet keine Einsprachen, zumal solche wohl letztlich juristisch keine Chancen hätten. Die Beiträge von Stadt und Kanton gelten als gebundene Ausgaben und unterstehen somit keiner Volksabstimmung, wie Baudirektor Fürst und Stadtpräsident Fluri vor den Medien erklärten. Die Stadt werde ihren Beitrag von 27 Millionen während zehn Jahren über eine Spezialfinanzierung leisten, davon sind laut Fluri 7 Millionen aus Überschüssen früherer Jahre bereits vorfinanziert. Und: «Eine Steuererhöhung soll-

belastete Deponie, wie Martin Brehmer, Leiter Abteilung Boden im kantonalen Amt für Umwelt (AfU) erklärte. Die rund zwei Meter dicke Deponieschicht ist mit einer Humusschicht von nur rund 20 Zentimetern überdeckt

te es – wegen dieser Sanierung alleine – nicht geben.»

Zu Beginn der Arbeiten wird auf der Deponie Unterhof (direkt an der Westtangente gelegen) eine zentrale Aufbereitungsanlage gebaut. Hier soll das per Lastwagen angelieferte Deponiegut aufbereitet, sortiert und der Endbestimmung zugeführt werden. Laut Spring rechnet man mit der Verwertung von 56000 Tonnen Baustoffen, 10000 Tonnen Metallen und aus der Verbrennung von 40000 Tonnen Brenngut soll in der Kebag Zuchwil Energie gewonnen werden.

Aus den Deponien sind über alle Jahre unter anderem chlorierte Kohlenwasserstoffe (Lösungsmittel) in den Untergrund versickert. Mit einem aufwendigen Verfahren sollen diese nach Deponieerfüllung ebenfalls gebunden und möglichst eliminiert werden. Schliesslich sind im Anschluss an die Sanierungen mehrere ökologische Aufwertungsmassnahmen geplant. (ums.)

und wird zu grossen Teilen landwirtschaftlich genutzt.

Weil das Bafu die Kosten einer Gesamtsanierung mit rund 300 Millionen Franken berechnete, wollte der Bund bis 2018 nur die Totalsanierung der bei-

den kleineren Flächen mitfinanzieren. Für das grösste Areal – das Spitalfeld – sollten dagegen nur «Sicherungsmaßnahmen» getroffen werden. Laut AfU-Mann Bremer hätte das Gelände dafür unter anderem mit einer Schicht von rund 2,6 Meter Dicke mehr oder weniger «abgedichtet» werden, wozu rund 260 000 Kubikmeter Erdmaterial hätten zugeführt werden müssen. Mit rund 7000 Lanzen sollte die Deponie über eine Zeitdauer von 10 bis 15 Jahren belüftet werden, um den Verrottungsprozess zu fördern. Mit anderen Worten: Der Müll wäre im Boden geblieben und die giftigen Stoffe – insbesondere Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) – wären weiterhin im Boden geblieben oder mit Sickerwasser ins Grundwasser und in die nahe Aare geflossen.

120 Millionen Franken für eine wirkliche Sanierung

Brehmer dazu: «Diese Methode wurde bisher weder im In- noch im Ausland erfolgreich angewandt – und kam für uns nicht in Frage.» Vom Kanton in Auftrag gegebene Gutachten konnten dann nicht nur belegen, dass die Bafu-Variante nicht nachhaltig ist, sondern auch nicht alle Kosten (zum Beispiel jene für Betrieb und Unterhalt der Belüftung) berechnet worden waren. Damit sei offensichtlich geworden, dass die Bundesvariante «keineswegs günstiger zu stehen kommt, als die durch einen Totalunternehmer verbindlich offerierten Kosten für einen Totalaushub», so Brehmer.

Dieser Totalunternehmer ist die Arbeitsgemeinschaft Vision Solothurn, unter der Federführung der Eberhard Recycling AG (Kloten). Diese sichert die Ausführung der Totalsanierung in einer Globalofferte mit einer Summe von 92,3 Millionen Franken zu. Diese Zahl sei verbindlich, hiess es von Kantonsseite am Mittwoch. Gewisse Mehrkosten könnten sich allenfalls ergeben, wenn auch an den Deponierändern noch zusätzliche Arbeiten nötig würden. In der budgetierten Gesamtsumme von 120 Millionen Franken sind rund 7 für «Unvorhergesehenes», 8 für die Mehrwertsteuer und vor allem noch 12 Millionen für die nach dem Aushub zusätzlich anstehende Sanierung der CKW-Belastung in bis zu 18 Meter Tiefe vorgesehen.

Autobrände: Ursache für Feuer geklärt

Solothurn Vor einer Woche hat Solothurn auf einem Parkplatz an der Surbeckstrasse, hinter der Pizzeria, ein BMW und ein Mercedes gebrannt. Sie erlitten Totalschaden. Nun hat die Polizei die Brandursache ermittelt, wie sie in einer Mitte derzeitigsten Erkenntnissen im Moment in einem der parkierten Fahrzeuge und setzte dieses in Brand», es. Danach griff das Feuer auf die neben parkierte Fahrzeug über. Autos mussten abgeschleppt werden, verletzt wurde niemand. (szf)

ANZEIGE



Zum neuen Jagdgesetz sage ich JA, weil es ausgewogen und nachhaltig ist. Das Gesetz verstärkt den Schutz bedrohter Arten und ermöglicht gleichzeitig dort notwendige Eingriffe, wo geschützte Arten in Konflikt mit anderen berechtigten Nutzungen der Umwelt geraten.

Stephan Glättli,
Rechtsanwalt

Fortschrittliches Jagdgesetz Ja.